

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 167 (2001)

Heft: 6

Rubrik: Forum und Dialog

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eidgenössische Abstimmung vom 10. Juni Bewaffnete Auslandseinsätze der Schweizer Armee

Verschiedene Einsätze in Krisenregionen haben mich zur Einsicht gebracht, dass es Konfliktsituationen gibt, wo eine zivile, humanitäre Friedensarbeit zu spät kommt und nur noch mit einer robusten militärischen Intervention versucht werden kann, eine Befriedung in Gang zu setzen. Solche Operationen bekämpfen aber immer nur Symptome und nicht Ursachen der Konflikte. Ihr Erfolg ist, wie ich auf dem Balkan, im Nahen Osten und im Kaukasus erleben musste, sehr ungewiss.

Eine aktive Friedenspolitik müsste also darauf abzielen, nicht erst zu intervenieren, wenn es zu spät ist, sondern primär bei den Ursachen der Konflikte den Hebel anzusetzen. So ist mir bei meiner Arbeit in Palästina tagtäglich bewusster geworden, dass ohne ein Minimum an Gerechtigkeit, z. B. in der Land- oder Wasserfrage, der so genannte Osloer Friedensprozess immer mehr zu einer leeren Worthülse verkommt. Der erneute Ausbruch des offenen Konflikts hat diesen Eindruck leider bestätigt. Mit der DEZA, die in der Entwicklungszusammenarbeit bereits heute eine hervorragende Arbeit leistet, dem IKRK, das beim zivilen und humanitären Konfliktmanagement weltweit anerkannt ist, und dem milizmässig organisierten Pool unbewaffneter, ziviler und militärischer Experten bei EDA und VBS, die im Rahmen von UNO und OSZE sinnvolle Einsätze zur Friedenssicherung ausführen, besitzt unser Land optimale Voraussetzungen, die es durch die Zuteilung entsprechender Ressourcen zu verstärken gilt.

Anstatt uns aus opportunistischen Gründen den Grossen anzuschliessen, sollten wir uns vielmehr die Frage stellen, ob das seit dem Ende des Kalten Krieges veränderte geostrategische Umfeld unserem Land nicht auch Chancen gibt, die wir durch eine Teilnahme an bewaffneten Operationen leichtfertig verspielen würden. Zum einen werden diese so genannten friedensunterstützenden Operationen auf absehbare Zeit gezwungenermassen von der NATO dominiert sein. Zum anderen bliebe unser Beitrag als Kleinstaat bei bewaffneten Einsätzen der Internationalen Gemeinschaft eine Quantité négligeable. Von der symbolhaften Geste des «Dabeiseins» einmal abgesehen,

hätte er kaum mehr als dekorativen Charakter – eine Aufgabe, die die Schweizer Garde im Vatikan meines Erachtens besser zu erfüllen vermag. Hingegen werden wir durch die Teilnahme an solchen Operationen automatisch zur Partei und verlieren dadurch die Möglichkeit einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik. Diese aber bekommt in einem Europa, wo Krieg als Fortsetzung von Politik wieder salonfähig geworden ist und sich die alten Machtblöcke neu formieren, wieder einen Sinn.

Eine glaubwürdige Neutralitätspolitik setzt voraus, dass sich die Schweiz politisch öffnet, indem sie parallel zur Entwicklungszusammenarbeit und zur humanitären Hilfe eine vermittelnde Rolle bei Konflikten spielt und einen Beitrag beim Aufbau eines auf völkerrechtlichen Prinzipien beruhenden Systems kollektiver Sicherheit, wie es die Charta der Vereinten Nationen vorsieht, leistet.

Was unsere Armee betrifft, wird im Zusammenhang mit der Abstimmung vom 10. Juni immer wieder fälschlicherweise behauptet, dass die Schweiz im Alleingang nicht mehr verteidigt werden kann. Unabhängige Experten haben festgestellt, dass die NATO bei ihrem Kriegseinsatz im Kosovo, ganz im Widerspruch zu ihrer eigenen Propaganda, militärisch eine denkbar schlechte Figur gemacht hat: Bei über 37 000 geflogenen Kampfeinsätzen konnten gerade 13 Panzer und eine Handvoll Artilleriegeschütze zerstört werden. Hingegen gelang es der jugoslawischen Armee, ohne Gebrauch der Luftwaffe, aber mit einer Taktik, die uns Schweizer Offizieren bestens bekannt ist, der grössten Militärmaschine der Welt während mehr als 70 Tagen die Stirne zu bieten. Im Fachjargon bezeichnet man das mit dem Begriff asymmetrische Kriegsführung. Das ist zumindest ein ernst zu nehmendes Argument, an einer redimensionierten Milizarmee als Ultima ratio für den Verteidigungsfall festzuhalten.

Hptm Albert Widmer, Basel

Recht auf Selbstschutz

Friedenssicherung entspricht humanitärer Tradition

Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Bedrohungslage für die Schweiz und Europa geändert. Die Konflikte entstehen vermehrt zwischen Volksgruppen. In solchen Auseinandersetzungen ist

die Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft, unter anderem in Form von friedensunterstützenden Einsätzen durch Angehörige der Armee, notwendig. Zur Bewältigung dieser Aufgabe braucht es auch unsere Hilfe. Die Schweiz tut dies bereits seit Jahren. Das ist der Ausdruck unserer aktiven Neutralität und Solidarität.

Friedenssicherung liegt im eigenen Interesse

Mit der militärischen Friedensförderung tragen wir dazu bei, die Lage in Spannungs- und Konfliktgebieten so zu stabilisieren, dass weniger Personen fliehen und Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können. Unser Beitrag vor Ort hilft, die Belastung durch Flüchtlinge in der Schweiz abzubauen – im Optimalfall zu verhindern.

Wenn die Schweiz Unterstützung bietet, Konfliktregionen einem dauerhaften Frieden näher zu bringen, investieren wir damit in unsere militärische Sicherheit. Denn wir verkleinern das Risiko, dass sich diese Konflikte ausweiten und im schlimmsten Fall unser Land direkt erfassen könnten. Das ist eine vorausschauende Investition, eine Investition, die sich auszahlt – und das bei deutlich unter 5 Prozent des Verteidigungsbudgets: Von 20 Franken, die für die Armee ausgegeben werden, werden etwa 50 Rappen für diese militärische Friedensförderung verwendet.

Soldaten haben ein Anrecht auf Selbstschutz

Wer angemessen bewaffnet ist, läuft weniger Gefahr, angegriffen zu werden. Darum ist es nötig, für jeden Einsatz – und bei Veränderungen der Lage auch im Verlauf eines Einsatzes – festzulegen, welche Bewaffnung notwendig ist. Sie dient nicht dazu, mit offensiven Kampfeinsätzen den Frieden erzwingen zu wollen: das wird vom Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen. Sie dient dazu, dass die Angehörigen der Armee sich selber schützen und ihren Auftrag erfüllen können, ohne auf den Schutz durch ausländische Truppen angewiesen zu sein.

Schweizer Armeeangehörige helfen freiwillig

Schweizer Soldaten, die sich an friedenssichernden Einsätzen im Ausland beteiligen, tun dies freiwillig – in der Vergangenheit wie auch in der Zukunft. Sie wollen einen sinnvollen Beitrag leisten, ihr Know-how unter erschwerten

In der nächsten Nummer:

- Im Gespräch mit Bundespräsident Leuenberger
- Überlegungen zum Armeeleitbild
- Paradigmenwechsel im Nachrichtendienst

Bedingungen einsetzen und im Team mit Gleichgesinnten Erfahrungen sammeln. Sie helfen einer leidgeplagten Zivilbevölkerung.

Zusammenarbeit sichert das Know-how

Unsere Armee kooperiert seit langem in der Ausbildung mit ausländischen Armeen. Zum Beispiel nützt sie Übungsgelände im Ausland, und ausländische Partner benutzen unsere Simulatoren. Für unsere Luftwaffe wird es beispielsweise immer schwieriger, in unserem zunehmend dichter besiedelten Land und engem Luftraum Übungen durchzuführen. Trainingsflüge über offenem Meer haben sich daher sehr bewährt.

Die Zusammenarbeit in der militärischen Ausbildung ist wichtig. Schweizerische Offiziere nehmen an Kursen in ausländischen Militärschulen teil und ausländische Offiziere an Kursen unserer Armee. Gemeinsame Übungen mit ausländischen Partnern helfen der Armee, Stärken und Schwächen zu erkennen. Somit können beide Seiten die Ausbildung verbessern und Kosten sparen.

Zusammenarbeit bedeutet nicht Unterstellung und Kooperation nicht Integration.

Die Teilrevision des Militärgesetzes will zum einen die Verfahren vereinfachen: Der Bundesrat soll für den Abschluss von Rahmenabkommen über Ausbildungszusammenarbeit mit einem bestimmten Staat zuständig sein. Technische und administrative Einzelheiten sollen vom VBS geregelt werden.

Zum andern sollen die Angehörigen der Armee im Ausland einen besseren Rechtsschutz haben: Sie sollen nicht wie Privatpersonen behandelt werden.

Neutralität ist gewährleistet

Auslandseinsätze werden vom Bundesrat angeordnet. Sie müssen in jedem Fall den Grundsätzen unserer Aussenpolitik entsprechen. Das bedeutet, dass die Neutralität unseres Landes (keine Teilnahme an Kriegen, Selbstverteidigung, Gleichbehandlung der Kriegsparteien) gewährleistet ist. Die Einsätze müssen auf der Grundlage eines UNO- oder OSZE-Mandates erfolgen. Auch

andere neutrale Staaten wie Österreich, Finnland, Schweden und Irland beteiligen sich seit langem an friedensfördernden Einsätzen. Ihre Glaubwürdigkeit als Neutrale hat darunter nicht gelitten.

Und schliesslich ist entgegen anders lautenden Behauptungen auch kein NATO-Beitritt beabsichtigt. Dies hat der Bundesrat wiederholt und unzweideutig festgehalten.

Parlamentarische Kontrolle gewährleistet

Für einen bewaffneten Einsatz muss der Bundesrat vorgängig die aussen- und sicherheitspolitischen Kommissionen von National- und Ständerat konsultieren. Wenn ein bewaffneter Einsatz mit mehr als 100 Soldaten durchgeführt wird oder länger als drei Wochen dauert, muss die Bundesversammlung den Einsatz genehmigen – im Normalfall vor dem Einsatz, in dringlichen Fällen nachträglich.

Paul Kurrus
Nationalrat FDP, BL
(von der Redaktion gekürzt. G.)

Krieg bedeutet Töten

Wie kann ich einen anderen Menschen töten?

Wenn ich meinen Soldaten bei der Panzerabwehr den Feuerbefehl im Ernstfall gebe, dann verfluchen, bei lebendigem Leib, fünf junge Männer oder Frauen in einem Regen aus flüssigem Stahl und Kupfer im Innern ihres Panzers, einem Käfig. Sie lassen Familien zurück, mit ihnen verschwinden tausend Hoffnungen. Es spielt keine Rolle, ob dort im Panzer die eigene Familie stirbt, es sind Menschen, das Verbrechen ist genau so gross. Das Leid ist gleich. Als Soldat trainiere ich, solches Leid zu tun, und als Vorgesetzter bilde ich meine Leute dazu aus. Warum?

Es gibt nur einen zulässigen Grund: **Um es nie zu tun.** Je glaubhafter wir einen Panzer mit samt Inhalt vernichten können, desto kleiner wird die Wahrscheinlichkeit, es tun zu müssen. Wenn die Panzerabwehr stark ist, wird ein Gegner nicht mit Panzern angreifen. Dieses Prinzip gilt für die ganze Armee: Je besser sie kämpft, desto offensichtlicher wird, dass kein Ertrag das Leid eines Kriegs lohnt. So erhalten wir Freiheit und Frieden.

Strikte Neutralität ist Bedingung

Sind wir für eine Kriegspartei ein «Stachel im Auge», lohnt es sich eher, uns zu schaden. Beson-

ders, wenn man den Schaden nur einer relativ kleinen Einheit im Ausland zufügen muss. Bisher hat die Schweiz mit Erfolg versucht, alles zu unterlassen, was eine Kriegspartei provozieren könnte. Aber: mit der Armee im Ausland präsent sein geschieht immer zu Gunsten oder zu Ungunsten einer dortigen Kriegspartei. Damit provozieren wir aktiv und riskieren, *schliessen zu müssen*. Der Grundsatz «Töten lernen, um es nie zu tun» ist verletzt, denn *wir* sind ein Risiko eingegangen, von dem wir von Anfang an wussten, dass es zum Töten hätte führen können. Das ist ein grundlegender Wandel im Selbstverständnis des schweizerischen Soldaten. Die Schweizer Armee übte bisher nur die Verteidigung der Freiheit in der Schweiz. Nie wurde bei uns mit Töten leichtfertig umgegangen. Alles diente der Verhinderung des Kriegs – und *nur* dafür leiste auch ich überhaupt Militärdienst.

Die Revision des Militärgesetzes sieht vor, Schweizer Truppen im Ausland künftig zu bewaffnen.

Ich werde «Nein» stimmen. Militär in ein anderes Land zu schicken, bedeutet aktiv riskieren zu töten und getötet zu werden. Das ist nicht vertretbar: Selbst den freiwilligen Soldaten darf man dies nicht erlauben, denn beim Krieg handelt es sich nicht um ein Abenteuer. Es handelt sich auch bei Gegnern um junge Frauen und Männer, mit Familien, Freunden und tausend Hoffnungen.

Soldat sein ist etwas Ernstes. *In einer Armee, die sich leichtfertig in Situationen begibt, in denen sie ihre Gewalt anwenden muss, habe ich als Soldat, der nur dient, um Krieg zu verhindern, nichts mehr verloren.*

Matthias Hauser
Oberleutnant der Infanterie
8194 Hüntwangen

Finanzierung der Armee: erfreulich standfester Bundesrat

Das befreiende Wort wurde am 2. Mai gesprochen: der Bundesrat bestätigte den für die Verteidigung in absehbarer Zeit geltenden Budgetrahmen, welcher 4,3 Milliarden beträgt. Um diesen Budgetrahmen wurde im Zusammenhang mit der Festlegung der Grundzüge der Armee der – nahen – Zukunft seit Frühsommer 2000 gerungen. Der Versuch wurde innerhalb des Bundesrates und der Bundesverwaltung unternommen, die finanziellen Mittel für die Verteidigung weiter zu beschneiden, was im

Vorfeld des Volksentscheides über die Umverteilungsinitiative der Linken politisch attraktiv wirken mochte. Nachdem der Souverän am 26. November 2000 diese auf die Halbierung der Militärausgaben zielende Initiative deutlich – 62 Prozent Nein – verworfen hatte, hätte man erwarten dürfen, dass die Frage der Höhe der Militärausgaben im Sinn der Vernunft und des Volkes entschieden sei. Das heisst, dass diese Ausgaben wohl massvoll, aber eben auch angemessen sein würden. Statt dessen musste man nicht nur fünf Monate warten, bis der Bundesrat entschieden hatte, sondern man erlebte im Vorfeld dieses Entscheides ein höchst fragwürdiges parlamentarisches Manöver und insbesondere verantwortungslose Polemik auflagestarker Blätter, die durchaus auf Desinformation hinauslief. Das allerdings hatte seit dem Abstimmungskampf in Sachen Umverteilungsinitiative System.

Reden wir nun zuerst von den unumstösslichen Fakten. Sie machen die Fragwürdigkeit der in letzter Zeit gegen einen Plafond der Verteidigungsausgaben von 4,3 Milliarden, davon Investitionen von rund 2 Milliarden jährlich für die nächsten 15 Jahre, vorgebrachten Argumente deutlich. Wie weltweit üblich, messe man, um die wirtschaftliche Belastung durch die Verteidigungsausgaben zu erkennen, diese am Brutto-Inlandprodukt. Das BIP der Schweiz betrug 1998 381 Milliarden Franken. Im Jahre 1999 erreichte es geschätzte 389 Milliarden. 4,3 Milliarden Franken entsprechen also 1,3 Prozent des BIP.

Damit befindet sich die Schweiz bezüglich der Kosten der Verteidigung a priori unter denjenigen Nationen, die vergleichsweise wenig ausgeben. Nun trifft es zu, dass hierbei die indirekten Kosten, die sich als Folge der Dienstleistungen der Miliz ergeben, nicht erfasst sind. Also ist es wahr, dass die Schweiz finanziell eine grössere Leistung erbringt, als das, was im Bundeshaushalt für diesen Zweck ausgewiesen wird. Was dazu gerade im Vorfeld der Volksabstimmung vom 26. November 2000 vom Verteidigungsdepartement selbst an Milchmädchenrechnungen publik gemacht wurde, trägt indessen wenig zur Klärung der Frage bei. Denn die militärische Ausbildung erbringt in mehrfacher Hinsicht einen für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft erheblichen, wenngleich vielfach nur schwer bezifferbaren Nutzen. Eine Gesamt-

kostenrechnung wurde wohl deshalb, obwohl angesichts von Kritik an der so genannten Studie des VBS eifertig in Aussicht gestellt, bislang nicht präsentiert.

In Zeiten greifbarer äusserer Gefahr, zum Beispiel im Zweiten Weltkrieg, lässt sich der Nutzen oder Gegenwert der militärischen Anstrengungen viel besser zumindest erahnen, wenn davon ausgegangen wird, dass die schweizerische Wehrbereitschaft einen erheblichen Beitrag zum Unterbleiben eines Angriffs geleistet hat. Man stelle die rein materiellen sowie die in Zahlen nicht bezifferbaren menschlichen Verluste, vom Aspekt Terrorisierung und Ausbeutung ganz zu schweigen, die vergleichbare Länder wie etwa Belgien, Holland oder Norwegen im Zweiten Weltkrieg erlitten, den Kosten des Aktivdienstes in der Schweiz gegenüber. Die Schweiz kam auch unter engen – und zu engen – wirtschaftlichen Gesichtspunkten natürlich unendlich besser davon. Was die doch rund vierzig Jahre – ab dem Koreakrieg gerechnet – dauernde, im Zeichen des Wettrüstens und der atomaren Abschreckung stehende Phase der Ost-West-Konfrontation angeht, kann sich der Nutzen der Wehrbereitschaft weniger evident belegen lassen, denn die Abschreckung hat den Krieg in Europa verhindert und die Schweiz wäre somit auch dann unangetastet geblieben, wenn sie – wie andere – seriöse militärische Anstrengungen unterlassen hätte. Dem Wirtschaftsstandort, nicht zuletzt dem Finanzplatz, hätte das freilich nicht nur nicht genützt, sondern bestimmt geschadet. Wenn es stimmt – und es stimmt –, dass die Stabilität des Standortes Schweiz für dessen Wirtschaftspartner bedeutsam ist, wäre es der Bereitschaft von Ausländern, namentlich von Amerikanern, die die Hauptlast beim In-Schach-Halten der bis an die Zähne bewaffneten Sowjetunion trugen, in der Schweiz zu investieren, sicher nicht förderlich gewesen, wenn wir als reiner Profiteur der Opfer anderer dagestanden hätten.

Neben diesen übergeordneten Gesichtspunkten gibt es unmittelbar greifbare Vorteile, die Gesellschaft und Wirtschaft aus gründlicher militärischer Ausbildung, namentlich der Kader, erwachsen: soziale Integration, Teamfähigkeit, Förderung der Führungsfähigkeit, der Krisenfestigkeit – oder Aufdecken des Fehlens derselben –, Bereitschaft, grosse Leistungen zu erbringen, ohne zu fragen «was bekomme ich dafür», das heisst

Gelesen

in der NZZ vom 30. April 2001 unter dem Titel «Ambitiöse Ausbauplan der Armee» von Dr. Bruno Lezzi:

«Man wird im Übrigen nicht darum herumkommen, die jetzige Planung nochmals sorgfältig mit möglichen künftigen Konflikts- und Kriegsbildern in gegenseitige Beziehung zu bringen, dies umso mehr, als die Armeeplaner in Bern von doch eher konservativen Vorstellungen auszugehen scheinen.» G.

die Bereitschaft zu dienen, und schliesslich und insbesondere Sinn für Disziplin, die die Voraussetzung geordneter Zusammenlebens ist. Nur die Kosten aufführen und den Gegenwert unterschlagen, heisst die Wahrheit entstellen.

Der zweite Punkt besteht in den einschneidenden Sparanstrengungen, die im Bereich der Verteidigung ab 1990 vollbracht wurden. Zwischen 1990 und 2001 hat die Verteidigung zwei volle Jahresbudgets eingespart. Die Gesamtausgaben für die Verteidigung sind real um rund 40% zurückgegangen, diejenigen für die Rüstung um rund 50%. Kein Departement hat so gespart, das heisst die meisten haben mehr ausgegeben. Dass das Volk dies erkannt hat, belegt der Entscheid vom 26. November, dies umso eindeutiger, als die Militärausgaben regelmässig überschätzt werden und hier wie andernorts wenig populär sind, sie in den Medien selten in den richtigen Proportionen dargestellt werden und die Propaganda der Initianten schamlos demagogisch war.

Und schliesslich sollte nicht ausser Acht gelassen werden, dass man die Verteidigungsfähigkeit nicht improvisiert, dass sich ein Nachlassen in Bezug auf Ausbildung, aber auch Rüstung rasch auswirkt bzw. rächt, wofür sowohl eigene Schweizer Erfahrungen als auch die der Westmächte 1939 bis 1942/43 zeugen. Das ist vor dem Hintergrund der unwiderlegbaren Tatsache zu sehen und zu gewichten, dass die Zukunft weiterhin – oder erst recht – nicht voraussehbar ist. Die Periode 1989 bis 2000 sollte das allen klargemacht haben, die nicht mit Blindheit geschlagen sind, was aber freilich gewisse Journalisten und Politiker in der Tat sind.

Der Bundesrat hat verantwortungsbewusst entschieden. An den eidgenössischen Räten liegt es nun, eine entsprechende Politik zu tragen.

Dominique Brunner
Oberst i GSt
8700 Küsnacht

Ein weitsichtiger Milizoffizier

Im Oktober 1999 publizierte die ASMZ unter dem Titel «Der Einsatz mechanisierter Mittel südlich der Alpen» einen Text zum operativen Denkansatz des damaligen Chefs der Mechanisierten und Leichten Truppen des Geb AK 3, Dr. Roy Kunz. Der Autor – heute Verhörer der des Kantons

Glarus – schlug damals aufgrund der Erkenntnisse, die er in den von ihm geleiteten operativen Seminaren des Alpenkorps erhärtet hatte, für unseren Kleinstaat eine Verteidigungsstrategie vor, die auf sechs Prinzipien beruhte:

- Das operative Vorfeld möglichst lange stabil halten
- Möglichst spät in einen Krieg eintreten, gegebenenfalls
- unter bestmöglichen Bedingungen und
- im Verbund mit kongenialen westeuropäischen Partnern oder der NATO
- Ziel: Für die Zeit nach Beendigung des Kriegs möglichst grosse Handlungsfreiheit retten und
- ein Maximum an schweizerischem Hoheitsgebiet halten.

«Um einen nachhaltigen Erfolg sicherzustellen», formulierte der Miliz-Oberst abschliessend, «sind Operationen über den Grenzraum hinaus zu führen, immer mit der notwendigen Ermächtigung durch den Bundesrat. Im Sinne des Denkansatzes von Alt-Staatssekretär Eduard Brunner wird es Aufgabe der Regierung sein, die Schweizerische Eidgenossenschaft gegenüber den westeuropäischen Industriestaaten als zuverlässigen militärstrategischen Partner zu... (positionieren), die helvetische Neutralität aber als Bündnisfreiheit zu definieren, um zeitgerecht zugunsten der operativen Handlungsfreiheit aus der räumlichen Beschränkung ausbrechen zu können.»

Wie nachfolgenden Ausgaben der ASMZ zu entnehmen war, rief dieser Denkansatz, der schon damals die heutige vieldiskutierte Interoperabilität als eigentlichen Bocksfuss unserer Verteidigung thematisierte, berufene und weniger berufene Strategen aller Couleur auf den Plan. Während die von Oberst Kunz postulierten Bedingungen operativer Handlungsfreiheit von den einen unter dem dogmatischen Gesichtspunkt einer sakrosankt gesetzten Neutralität kritisiert wurde, monierten andere schon damals: Suchst du den Krieg, so kommt er zu dir!

Wie immer das Schweizervolk am 10. Juni 2001 zur Frage des Einsatzes bewaffneter Mittel im Ausland entscheiden wird – bemerkenswert ist die Aktualität, welche die Äusserungen von Oberst Kunz heute, im Vorfeld der Abstimmung, gewinnen. Bundesrat und VBS-Chef Samuel Schmid gelangt nach Beratungen mit seinen Generälen und Strategen zur Ansicht, dass die Aufträge der künftigen Armee XXI nurmehr

«in enger Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnern» werden zu erfüllen sein. Um eine solche «kooperative Verteidigung» im Verbund mit Nachbarstaaten oder der NATO auch auf ausländischem Territorium zu ermöglichen, können Regierung und Armeespitze gegebenenfalls autonom – also ohne Volksbefragung – auf die Wahrung der Neutralität verzichten. Dazu heisst es klar und eindeutig im VBS-internen Planungspapier «Grundlagen der militär-strategischen Doktrin»: «Der Entschluss, den Neutralitätsstatus der Schweiz zu beenden oder allenfalls als Folge eindeutiger Bedrohung oder Angriffshandlungen als beendet zu erklären, obliegt den höchsten Behörden der Exekutive und der Legislative. Der Bundesrat ermächtigt in der Folge den Oberbefehlshaber der Armee, die nötigen Konventionen abzuschliessen.»

In bemerkenswert weitsichtiger Weise hat Oberst Kunz diese Position schon 1999 abgesteckt.

PD Dr. Jürg von Ins
8712 Stäfa

Pro und Contra 3/01

Zur Stellungnahme in der Kolonne «Pro und Contra» wird von der ASMZ in der Märzangabe die Gebirgskampfschule zur Frage gestellt: «Brauchen wir in der Armee noch eine Gebirgskampfschule?» Aus dem Text geht dann hervor, dass die ASMZ mit der Frage nicht nur die Existenzberechtigung der Gebirgskampfschule meint, sondern diejenige unserer Gebirgstruppen ganz allgemein.

Der Exponent «Pro» geht auf die Thematik ein und bringt Argumente. Der Kontrahent «Contra» dagegen verweist nur auf nicht näher definierte Meinungen und seine persönlichen Zweifel («... wage ich hingegen zu bezweifeln»). Eine seltsame, einseitige Debatte.

Aber am seltsamsten ist der so genannte «Standpunkt der ASMZ». Hier wiederholt die Redaktion Altbekanntes und Überholtes (das Geb AK3 verteidigt schon lange kein Réduit mehr), um dann zu schliessen, dass die

Gebirgskampfausbildung im Rahmen der Ausbildungskonzeption zur Armee XXI sicher überprüft werde. Mit etwas anderen Worten hat die ASMZ den Standpunkt, dass VBS und Armee reformer schon einen Standpunkt haben werden. Ist das ein Standpunkt?

Vermutlich wissen alle Armeen der Welt, welche Gebirgstruppen kennen, dass diese Truppen einstellungsmässig und in Bezug auf den Kampfwillen zur Elite gehören und dass man Gebirgstruppen nicht nur im Hochgebirge einsetzen kann. Aber die ASMZ? Von ihr würde ich etwas mehr Einsatz zu Gunsten unserer Gebirgstruppen erwarten. Mindestens aber einen Standpunkt.

Dr. iur. Hans Bollmann
8700 Küsnacht

Die Haltung der ASMZ

Wie bereits mehrmals unterstrichen, will die ASMZ die Diskussionen zu aktuellen militärischen Themen mittels Darstellung kontroverser Meinungen beleben und so zur Meinungsbildung ihrer Leserschaft einen aktiven, konstruktiven Beitrag leisten.

Der dargelegte Standpunkt der ASMZ hat in der Zwischenzeit nichts an Aktualität und Glaubwürdigkeit eingebüsst:

Der Schutz unserer Alpentransversalen wird sich primär auf die Hauptachsen, also die Verkehrs- und Energieträger zu konzentrieren haben. Das schwer zugängliche Nebengelände wird nur noch in Ausnahmefällen grössere Bedeutung haben, und entsprechend müssen Taktik und Gefechtstechnik – wie schon so oft in der Kriegsgeschichte – angepasst werden. Die ganze Armee wird massiv verkleinert, aber gleichzeitig auch mobiler, deshalb werden mit Sicherheit auch Stoffpläne und Infrastruktur der Gebirgskampfschule überprüft werden müssen. Dies ist jedoch eine grosse Chance, denn auf dem dort vorhandenen immensen Know-how wird sicherlich aufgebaut, und neue herausfordernde Aufgaben können dazukommen – Ausbildungsnischen werden zu besetzen sein. Unsere Gebirgsspezialisten der Gebirgskampfschule in Andermatt wissen und kennen das aus Erfahrung, und auch das Sprichwort «Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit», dürfte ihnen nicht fremd sein. Fy ■